Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,20 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht"
Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 137. Bielefeld, Montag, 15. Juni 1896. 7. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

104. Sitzung vom 13. Juni 1896, 1 Uhr.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung.

Am Bundesratstische: v. Bötticher.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Colbus in Verbindung mit dem Antrag Auer auf Einführung des Reichspreßgesetzes in Elsaß-Lothringen (zweite Beratung).

Abg. Preiß (Els.): Nach den in erster Lesung von den verschiedenen Parteien abgegebenen Erklärungen ist wohl anzunehmen, daß unser Antrag die Majorität erlangen wird. Das reichsländische Preßgesetz ist ein unentwirrbares Gemengsel von veralteten reaktionären Bestimmungen, die jede freiheitliche Regung, auch die gesundeste, unterdrücken und die Presse an ihrer Aufgabe ein Spiegelbild des bürgerlichen Lebens zu sein, verhindern. In Elsaß-Lothringen blühen nur die kleinen regierungsfreundlichen Blättchen, Käseblättchen, wie sie der Volksmund nennt, deren Leiter nur ein fein ausgebildetes Verständnis für Kriegervereinsfeste haben, überhaupt nur nach oben kriechen. Nun giebt es eine kleine Zahl unabhängiger Blätter. Wer garantiert diesen aber, daß ihnen nicht eines schönen Tages der Diktaturparagraph das Lebenslicht ausbläst? Die Regierung hat eine schroff ablehnende Erklärung abgegeben, das paßt zur ganzen Regierungsmethode. Nichtsdestoweniger wird der jetzige unnatürliche Zustand doch aufhören müssen. Geben Sie dem elsässischen Volke die allgemeine deutsche Preßfreiheit; Sie werden damit den Grund legen zu geordneten Verhältnissen, zur Beseitigung von Mißverständnissen. Bis jetzt ist Elsaß-Lothringen noch nicht von Deutschland erobert worden. Das sehr nachahmenswerte Beispiel Frankreichs, welches das ehemalige deutsche Land durch Duldung und freundliche Behandlung so fest an sich gekettet hat, daß die Elsaß-Lothringer sich eng mit ihm verbunden fühlten, ist leider nicht nachgeahmt worden. Der jetzige Leiter der elsaß-lothringischen Regierung, Herr v. Puttkamer, ist im Gegensatz zu dem jetzigen Statthalter in letzter Zeit sehr schneidig vorgegangen und hat die eingeborenen Elsässer mit beleidigender Geringschätzung behandelt. Er ist der böse Genius des Ausnahmeregimes, und wir hoffen, daß er uns nicht mehr allzulange erhalten bleibt. Ihn scheinen die Lorbeeren des Herrn von Köller nicht schlafen zu lassen. Ist Herr von Puttkamer erst beseitigt, dann wird hoffentlich auch die unnütze Spionen- und Hochverratsriecherei aufhören. Die Staatsanwälte machen sehr große Dummheiten, aber jede Dummheit scheint mit einem Avancement belohnt zu werden, und das Avancement ist die Hauptsache. Haben wir ein freies Preßrecht, so werden wir hoffentlich der Regierung sagen können, daß sie den Diktaturparagraphen aufhebt. Das elsaß-lothringische Volk ist ein rechtlich denkendes und ein rechtlich handelndes, es hat sich von Exzessen ferngehalten — es sind ja auch soviel Bajonette und Kanonen bei uns zum Schutze des Reichs vorhanden, so daß auch beim verschrobensten Kopfe der Gedanke zu revoltieren vergehen muß. Die elsässische Regierung findet das Regieren mit Diktatur-Gewalten sehr bequem, und das ist auch der wahre Grund, daß die Ausnahmegesetze noch fortbestehen. Das Volk versteht die Regierung nicht, die Regierung versteht das Volk nicht. Den Beamten fehlt die Generosität, die den Franzosen auszeichnete.

Kaiserl. Oberregierungsrat Halley: Die Rede des Herrn Vorredners gipfelte in einer Protestkundgebung der Elsaß-Lothringer. Er wird damit bei der Mehrheit dieses Hauses keinen Beifall gefunden haben. (Widerspruch.) Der Herr Vorredner hat behauptet, die Germanisierung hätte bis jetzt keine Fortschritte gemacht. Das ist eine Behauptung, die den thatsächlichen Verhältnissen widerspricht. Selbst französische Schriftsteller haben das anerkannt. Zwischen den Beamten und dem ordnungsliebenden Teil der Bevölkerung ist das denkbar beste Einvernehmen hergestellt. Die viel geschmähten Kreisdirektoren wirken nach dieser Richtung vorzüglich. Die vorzüglich gelungene Ausstellung in Straßburg vom vorigen Jahre, wo sich Eingeborene wie Zugezogene gleicher Maßen beteiligt haben, ist ein weiterer Beweis für die fortschreitende Germanisierung. Die Einführung des Reichspreßgesetzes ist zur Zeit nicht opportun, grundsätzlich hat man nichts dagegen, man hat auch gar nicht die Absicht, das Reichsprozeßrecht den Reichsländern in seinen Grundzügen vorzuenthalten. Für Bequemlichkeit ist in der elsaßlothringischen Regierung kein Platz. Sie hält durchaus nicht ängstlich an den Befugnissen, die sie einmal hat, fest. Von der Befugnis, neue Zeitungen zu gründen, wird in ganz umfassender Weise Gebrauch gemacht. Der Schwerpunkt bei Einführung des Reichspreßgesetzes liegt nicht nach der inländischen, sondern nach der ausländischen Seite hin. Herr Preiß leugnet die Bedeutung der ausländischen Agitationen. Aber vorläufig besteht noch die association générale, die den ausgesprochenen Zweck hat, die elsaßlothringische Frage offen zu halten. Bald wird die elsässische Bevölkerung in deutsche Verhältnisse so aufgehen, daß man auch diese ausländischen Agitationen nicht mehr zu fürchten braucht. Dieser Entwickelungsprozeß wird vor sich gehen mit oder ohne Reichspreßrecht. Es giebt aber noch immer Leute, die die Agitation als Sport betreiben, die auch ihrer alten Heimat noch aktiv dienen, und unter diesen Umständen können wir den ausländischen Preßerzeugnissen nicht Thür und Thor öffnen.

Abg. Colbus (Els.) spricht die Hoffnung aus, daß der Reichstag den Antrag in 2. und 3. Lesung annehmen wird. Er schildert die Willkür, die auf dem Gebiete des deutschen Preßrechts herrsche. Herr Ministerialrat Halley sei ein sehr geschickter Regierungsadvokat, aber einem Advokaten brauche man nicht alles zu glauben. Bloß weil man die Kreisblätter absolut nicht möge, komme es vor, daß man sich fremde, ausländische Zeitungen kommen läßt. Eine freie Presse würde die fremde Presse verdrängen. Man wolle gute Zeitungen, es fehle weder an Geld, noch an gutem Willen, nur an der nötigen Freiheit. Die Regierung habe die Pflicht, Elsaß-Lothringen zu germanisieren, aber die Mittel seien verfehlt. Herr Halley möge sagen, was er wolle, die Germanisierung habe keine Fortschritte gemacht. Deutschland habe es verstanden, die schönsten Provinzen zu annektieren, aber die Regierung habe es nicht verstanden, die Herzen zu gewinnen.

Abg. Werner (Ant.) hält einige Klagen gegen das Beamtentum für begründet, im großen Ganzen könne man aber mit den Verhältnissen zufrieden sein. Ausnahmemaßregeln seien aber nicht geeignet, die Herzen zu gewinnen. Man sollte ältere Beamten nach dem Reichsland schicken, die es besser verstehen, den berechtigten Eigentümlichkeiten entgegen zu kommen. Den Antrag auf Einführung des Reichspreßrechts halte er für berechtigt, seine Freunde würden dafür stimmen.

Abg. Bebel (Soz.): Die Herren, die bei der letzten Beratung sich gegen den Antrag erklärt haben, scheinen mit ihren Argumenten heute zu Ende zu sein. Damals hat sich besonders die nationalliberale Partei dagegen erklärt, die es ja für ihre Ehrenaufgabe hält, alle Ausnahmezustände zu erhalten oder sogar Ausnahmegesetze einzuführen. Insofern ist die Haltung der nationalliberalen Partei nicht verwunderlich. Verwunderlich ist nur, daß gerade Herr von Maquardsen der Wortführer war. Herr von Marquardsen ist bekanntlich Schleswig-Holsteiner, der wegen des auf seiner Heimat lastenden dänischen Druckes nach Deutschland ausgewandert ist und dann für die Befreiung Schleswig-Holsteins vom dänischen Joche gekämpft hat. Jetzt steht Elsaß-Lothringen unter den gleichen Ausnahmegesetzen von deutscher Seite, aber Herr von Marquardsen hatte alles Gefühl dafür verloren. Die nationalliberale Partei hat fortgesetzt ihre ganze Vergangenheit verleugnet. Glaubt man denn wirklich ein Volk gewinnen zu können, wenn man ihm fortgesetzt mit Mißtrauen begegnet? Man kann doch wirklich nicht ein Volk anders behandeln, wie einen einzelnen Menschen. Und glaubt man denn, der einzelne Mensch wird seinem Erzieher, wenn ihn dieser fortgesetzt mit größter Strenge und Ungerechtigkeit behandelt, dies mit Liebe und Anhänglichkeit vergelten? Der Regierungskommissar hat die Rede des Abg. Preiß sehr einseitig aufgefaßt. So wenig er diese Rede verstanden hat, so wenig versteht die Regierung das elsässische Volk. Wer der Rede des Herrn Preiß aufmerksam zugehört hat, mußte zu der Ueberzeugung kommen, daß das sogenannte Protestlertum herzlich froh wäre, endlich einmal Ruhe geben zu können. Der Herr Kommissar sprach dann von dem guten Einvernehmen der Beamten mit dem ordnungsliebenden Teil der Bevölkerung. Es kommt darauf an, wen er unter ordnungsliebend versteht. Ich glaube, das ist nur ein sehr kleines Teil. (Heiterkeit) Das ist das Strebertum, Herr Kommissar, die Leute, die sich schmiegen und fügen um äußerer Vorteile willen. Thatsache ist, daß der zufriedene Teil der elsässischen Bevölkerung ein sehr kleiner ist. Ich concediere sogar, daß die Befürchtungen

---

Eine Bekehrung.

Roman von **Georges Renard.**

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

63 [Nachdruck verboten.]

Teufel! Da wurde ich wild, Herr! Kanaille Du selber, habe ich geantwortet. Er wurde weiß wie ein Tuch. Das sollst Du mir büßen! sagte er. Du weißt, daß Du heute abend der Fabrik Adieu sagen kannst. Und wie er's gesagt, so that er auch. Als bei der Lohnzahlung an mich die Reihe kam, hat er mir meinen Lohn bezahlt und mein Arbeitsbuch eingehändigt. Und da wollte ich heute den Herrn bitten, mich wieder aufzunehmen. Er kann sicher sein, daß ich nicht mehr den großen Mund haben werde. Ich werde selbst Dreisch um Verzeihung bitten, so schwer es mir wird, weil ich nicht damit angefangen habe. Aber sehen Sie, ich habe eine Frau, Herr, drei Kinder und nichts übrig. Wenn ich entlassen bin, muß ich fort. Auf vierzig Meilen in der Runde gibt es hier keine ähnliche Fabrik!"

Ich versprach Joret, für ihn einzutreten. Allein Herr von Serenoize ließ mir kaum Zeit, den Mund zu öffnen. „Ich weiß, ich weiß," sagte er. „Joret! Ein Raisonneur, ein gefährlicher Geist: ein Führer! Er kann meinetwegen die Ansichten und Freunde haben, die er will. Aber unter meinen Arbeitern dulde ich keine sozialistische Propaganda. Hier muß ein Exempel statuiert werden. Schlimm für ihn!" Frau von Serenoize, die ich für die Frau und die Kinder zu interessieren versucht hatte, trat ebenfalls für Joret ein. Sie sagte ganz leise einige Worte zu ihrem Gatten, von denen ich nur verstand: „. . . schlechter Eindruck!" „Nun, meine Liebe," sagte Herr von Serenoize, „Dir zu Gefallen werde ich der Familie des Joret fünfzig Franks überweisen, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß er vor den Wahlen den Kreis verläßt." „O, mein Freund, wie gut Du bist," sagte Frau von Serenoize, ihren Gatten umarmend.

Und das Wunderbare an der Sache ist, daß sie es wirklich glaubt und er vielleicht auch!

Am 10. September. — Hier ist eine ungefähre Aufstellung dessen, was Herrn von Serenoize ein Tag aus der Wahlperiode von 1889 kostet:

Zweispännige Viktoria zu einer Fahrt durch das Arrondissement Fr. 50; Miete für Versammlungssäle in sechs großen Dörfern Fr. 150; Rechnung der Wirte in jedem dieser sechs Dörfer, wo Maheu's Leute gegessen, getrunken, zum Trinken aufgefordert und Reden gehalten haben, Fr. 130; Frühstück und Diner mit einigen Eingeladenen Fr. 80; für Druck, Versand und Anschlag von Plakaten und Flugblättern Fr. 1500; Miete für einen großen Cirkus zu einer Wahlversammlung in Amboise Fr. 1000.

Der Besitzer hat sich nämlich verpflichtet, während des Wahlkampfes den Saal an niemand weiter zu vermieten. Das Vergnügen, die Gegenkandidaten in Verlegenheit zu bringen, muß man doch, wie recht und billig, teuer bezahlen!

Für Sachbeschädigung in einer verhältnismäßig ruhig verlaufenen Versammlung (zerbrochene Bänke, abgerissene Tapeten 2c.) Fr. 100; vorbereitende Eß- und Trinkgelage der Enthusiasmusfabrikanten Fr. 80; in Summa 3070 Franks.

Dazu kommen noch die Rechnungen für hie und da ausgeteilte Unterstützungen, die Zuschüsse für drei Zeitungen, die in einer Auflage von zehntausend Exemplaren erscheinen, ohne Abonnenten zu besitzen . . . Da begreift man den melancholischen und naiven Seufzer, der Herrn Serenoize heute abend entschlüpfte: „Sind doch riesig teuer, die Ehrenämter!"

Am 12. September. — Ich komme aus einer großen Wahlversammlung, in der die drei Kandidaten sprechen sollten. Unterbrechungen, Zwischenrufe, Schimpfworte, bestialisches Geschrei, betäubender Lärm bildeten das Gepräge derselben, so daß man sich in die Deputiertenkammer versetzt glauben konnte. Herr v. Serenoize und der Herr Philippeaux konnten wenigstens zwischen zwei Skandalexplosionen einige Sätze hintereinander sprechen. Ihre Söldnerbanden hielten sich dabei gegenseitig in Schach. Aber als Jacques Denis, der Arbeiter, auch sprechen wollte, wie vereinigten da die beiden Banden ihre Anstrengungen, so daß die Anhänger des Redners eine kleine Minorität bildeten. Kaum konnte man hier und da einige Worte verstehen. Fürchterliches Gebrüll zerhackte seine Rede in lauter kleine Fetzen. Lange kämpfte der Mann so vergeblich, ohne durchdringen zu können. Dann verließ er die Tribüne mit verächtlichem, bitterm Lächeln.

Ich ging mit einem alten Bauern nach Hause, den ich kenne und dem ich in der Versammlung begegnete. „Nun, Vater Jean, was sagt Ihr denn zu all dem?" sprach ich zu ihm.

„Fragen Sie mich nicht danach, Herr, mir ist der Kopf noch ganz benommen! Liegt in solchem Geheul überhaupt Sinn und Verstand? Man hätte dem Bürger lieber zuhören sollen, dann wäre die Sache schneller zu Ende gekommen. Ich bedaure ihn nicht etwa, nicht im mindesten! Er hat nichts weiter verdient. Was fällt ihm denn ein, als Kandidat aufzutreten? Er ist ein Arbeiter aus der Stadt, der gar keine Bildung hat, der schließlich nicht mehr ist wie unsereiner und auch nicht mehr weiß!"

Dieses unvernünftige Mißtrauen gegen Leute aus ihrem Stande habe ich bei Bauern schon sehr oft gefunden.

„Ihr werdet dann also nicht für ihn stimmen?"

„Wie soll' ich, Herr, ich weiß von seinem ganzen Sozialismus gar nichts. Aber das will nichts beweisen, man versichert uns, daß es etwas Schreckliches sein soll!"

Ich wollte noch einen Versuch machen. Ich sprach erst von etwas anderm und sagte dann plötzlich:

„Wie alt seid Ihr, Vater Jean?"

„Zweiundsiebzig Jahre, Herr."

„Wie viele Jahre arbeitet Ihr nun schon?"

„Ich glaube, es werden bald sechzig Jahre sein."

„Und Ihr arbeitet immer noch?"

„Ich muß wohl, wer sollte mich denn ernähren?"

„Das weiß ich nicht; aber mir scheint, Ihr hättet ein Recht darauf, Euch zur Ruhe zu setzen, von Euren Renten zu leben, eine Pension zu beziehen, wie der alte Herr, Euer Nachbar, der dreißig Jahre Beamter im Ministerium war." —

Der alte Bauer betrachtete mich argwöhnisch.

„Ihr wollt mich wohl höhnen, Herr?"

„Aber nein, Vater Jean, ich finde, daß das ganz in der Ordnung wäre. Meint Ihr nicht auch?"

„O, und ob, Herr; aber da es unmöglich ist, sollte man lieber gar nicht davon sprechen."

(Fortsetzung folgt.)

manchmal zu weitgehende sind, aber sie sind einmal da. Bei der herrschenden Willkür weiß eben niemand, was er zu gewärtigen hat. Die Existenz der Presse ist aber täglich in Frage gestellt durch den Diktaturparagraphen, deshalb blühen dort nur die Amtsblätter. Die „Mülhausener Volkszeitung", das sozialdemokratische Blatt, ist mittelst des Diktaturparagraphen verboten worden, weil es einen Artikel über Wilhelm I. gebracht hat, der oben unliebsam bemerkt worden ist, gegen den aber strafrechtlich nicht anzukämpfen war. Einige Zeit nachher wollten Parteigenossen eine neue sozialdem. Zeitung gründen. Das wurde ihnen aber verboten unter Androhung des Diktaturparagraphen Als Ersatz wurde nur der „Offenburger Volksfreund" eingeführt. Da kam das Attentat auf den Fabrikanten Schwarz in Mülhausen und das bekannte Telegramm des Kaisers. Man wußte in Mülhausen ganz genau, daß die Sozialdemokratie mit dem Attentat nichts zu thun hatte, das Telegramm kam infolgedessen sehr ungelegen, aber es war nun einmal da, und es mußte ein Sündenbock gesucht werden. Der „Offenburger Volksfreund", den noch im vorigen Jahre Herr von Puttkamer gegen die „Mülhausener Volkszeitung" als „matte Limonade" ausgespielt hatte, wurde unterdrückt. Niemals ist eine Zeitung ungerechter und gewaltthätiger verboten worden als der „Volksfreund". Der Regierungsvertreter erklärte die Verhältnisse dort für zufriedenstellend. Ist aber die Bevölkerung wirklich so friedl. und gesetzliebend, wozu dann die Ausnahmezustände? Die Verhältnisse haben sich ja thatsächlich geändert, die Hoffnung, daß Elsaß-Lothringen wieder einmal an Frankreich fallen könnte, ist mehr und mehr geschwunden, jeder Elsässer weiß zudem, daß ein Krieg gerade über seine Heimat die schlimmsten Folgen bringen würde. Deshalb macht sich immer mehr das Gefühl nach Gleichberechtigung geltend mit dem übrigen Deutschland. Die Regierung hat als einzigen Grund die Furcht vor der ausländischen Presse ins Feld geführt. Nun gut, so mache man nach dieser Richtung eine Ausnahmebestimmung. Wenn wir sie auch für überflüssig halten, die Mehrheit wird sie gewiß annehmen. Mit der reaktionären Verwaltung erzeugen Sie aber nur Erbitterung. Ich bin überzeugt, wenn man den südwest deutschen Staaten die Vollmacht gegeben hätte, in Elsaß-Lothringen zu regieren, die Verhältnisse wären viel bessere. Solange aber in den Reichsländern der preußische Junkergeist regiert, wird sich nichts ändern. Im Jahre 1871 sagte Herr von Treitschke im Reichstage: „Der Tag wird bald kommen, wo auch der letzte Bauer der Vogesen es als ein Glück und eine Ehre betrachen wird, Bürger des Deutschen Reiches zu heißen." Der Tag ist heute nach 25 Jahren noch nicht gekommen, er wird in weiteren 25 Jahren noch nicht gekommen sein, wenn nicht mit dem Geiste des preußischen Junkertums und den Ausnahmegesetzen in der Verwaltung aufgeräumt wird. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Preiß (Els.) polemisiert gegen den Regierungskommissar Halley. Wegen gewisser Kautelen werde die Volksvertretung schon mit sich reden lassen. Die Elsässer seien es aber müde, sich noch länger als Kinder behandeln zu lassen.

Abg. Barth (freis. Vg.) erklärt, die Gründe für Zustimmung zu diesem Antrage hätten sich seit der ersten Beratung nur noch vermehrt. Wenn man mit einem Schlage alle Ausnahmegesetze aufheben würde, so würde das den stärksten Eindruck auf Frankreich machen.

Abg. v. Marquardsen (natl.) führt aus, grundsätzliche Bedenken hätten seine Freunde nicht gegen die Einführung des Reichspreßrechts im Elsaß, es müßten nur Kautelen gegen die französischen Blätter geschaffen werden.

Abg. Bebel (Sozd.) betont, daß schon auf Grund der heutigen Gesetzgebung unliebsame ausländische Zeitungen aus Deutschland verbannt werden können. Erst jüngst sei ein österreichisches sozialdemokratisches Blatt hier verboten worden.

Abg. Lenzmann (freis. Vp.) hält die von der Regierung angeführten Gründe für völlig unzulänglich. Es gelte jetzt den Elsässern zu zeigen, daß sie nicht mehr Stiefbrüder von uns sein sollen. Er werde für die Anträge stimmen.

Die Debatte wird geschlossen und die Anträge Auer-Colbus werden gegen die Stimmen der Konservativen, Reichspartei und Nationalliberalen angenommen.

Auf Vorschlag Lenzmanns erfolgt die Annahme der Anträge auch gleich in druter Beratung.

Zur ersten Beratung steht sodann der von dem Abg. Graf Holstein eingebrachte Gesetzentwurf auf Abänderung des Gesetzes über Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes. Der Entwurf bezweckt, die Beschlagnahme des Arbeits- bezw. Dienstlohnes zur Begleichung von Alimentationsansprüchen unehelicher Kinder zuzulassen.

Nach Befürwortung durch den Antragsteller spricht

Abg. Dr. Bachem (Ztr.) seine volle Sympathie mit dem Vorschlage aus, er äußert den Wunsch, es möge heute noch die zweite und dritte Lesung des Entwurfs erfolgen.

Staatssekretär im Reichsjustizamt Nieberding äußert entschiedene Bedenken. Die Sache liege nicht so einfach, als es auf den ersten Blick scheine. Er teile die humanen Gefühle des Antragstellers, aber der Antrag könnte leicht zur Folge haben, daß der ganze Arbeitslohn zu Gunsten eines unehelichen und unter Schädigung der ehelichen Kinder beschlagnahmt wird. Die Sache verdiene reiflich erwogen zu werden und er rate deshalb ab, heute schon in die zweite Lesung einzutreten.

Abg. Stadthagen (Sozd.) stimmt dem Staatssekretär bei und beantragt Kommissionsberatung. Die Sache liege so, daß wenn der Antrag angenommen werde, dem Arbeiter seine letzte Habe gepfändet werden könne, während der Bemittelte nur soviel abzugeben brauche, als darunter nicht der standesgemäße Unterhalt seiner Familie leide. Diese Ungerechtigkeit sei wohl selbst von dem Antragsteller nicht beabsichtigt, und deshalb rechtfertige sich die Kommissionsberatung.

Nach längerer Debatte, in der die Abg. Rintelen (Ztr.), von Cuny (natl.) und Günther (natl.) die Bedenken des Staatssekretärs und Stadthagens teilen, wird der Antrag Stadthagen auf Ueberweisung des Antrags an eine Kommission von 14 Mitgliedern angenommen.

Es folgen Petitionen, die ohne Debatte erledigt werden.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Nachtrags-Etat für Vermehrung der Schutztruppe; Militärvorlage, vierte Bataillone.

Schluß 5¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin, 14. Juni. Das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Sonnabend mit der von den Abgg. Knebel und v. Eynern eingebrachten Interpellation, welche die Regierung fragt, wie sie sich zu der am 26. März 1896 im Herrenhaus abgegebenen Erklärung des Landwirtschaftsministers stellt, wonach bei der Verteilung von Staatszuschüssen zu landwirtschaftlichen Zwecken künftig diejenigen Provinzen, welche Landwirtschaftskammern eingerichtet haben, besonders berücksichtigt werden sollen. Der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe beantwortete die Interpellation selbst.

Das Hauptinteresse der Sitzung lenkte sich weniger auf den zur Beratung stehenden Gegenstand, als vielmehr auf eine Bemerkung des Ministerpräsidenten, die sich auf eine Aeußerung des konservativen Abg. Graf Limburg-Stirum in einer der letzten Sitzungen bezog. Graf Limburg hatte es bei der Beratung des Assessoren-Paragraphen getadelt, daß der Ministerpräsident nicht anwesend war, und hatte ferner gegen diesen den Vorwurf erhoben, daß er das preußische Ministerpräsidium nur als Nebenamt betrachte. Es war dies als ein konservativer Vorstoß gegen den Fürsten Hohenlohe aufgefaßt worden. Fürst Hohenlohe verwahrte sich heute mit auffallend scharfen Worten gegen diesen Vorwurf. Ob und inwieweit die politische Bedeutung eines Beratungsgegenstandes ihn veranlassen müsse, an der Beratung teilzunehmen, habe er allein zu entscheiden. Die Bemerkung, er fasse seine Stellung als Ministerpräsident nur als ein Nebenamt auf, könne er nicht ernst nehmen, da er bei der Erfüllung der ihm auferlegten Pflichten keinen Unterschied mache. Abg. Graf Limburg betonte in seiner Erwiderung, daß er zu jener Aeußerung berechtigt gewesen sei, denn er habe den Eindruck, als hätten die preußischen Interessen im Reich nicht mehr denjenigen Einfluß, den seine Partei für notwendig halte. Mit der nochmaligen Versicherung des Ministerpräsidenten, daß die ihm gemachten Vorwürfe jeder Grundlage entbehren, war der Zwischenfall erledigt, und die Abgeordneten konnten beruhigten Herzens das Haus verlassen. Und sie hatten auch alle Veranlassung dazu, da ihnen nunmehr die Qual bevorstand, eine Währungsrede des Abg. Dr. Arend mit anzuhören.

Die Freikonservativen hatten mit Unterstützung des Zentrums einen Antrag auf Herstellung eines festen Wertverhältnisses zwischen Silber und Gold durch internationales Uebereinkommen eingebracht. Hierzu stellten die Abgg. Dr. Arend und v. Kardorff, die an der Durchführung des von ihnen erstrebten Ziels bereits zu zweifeln scheinen, den Antrag, daß für die hierzu erforderlichen internationalen Verhandlungen die Initiative Englands abzuwarten sei. Nachdem Herr Arend vor leeren Bänken sein bekanntes Sprüchlein hergebetet hatte, gab Finanzminister Miquel die Erklärung ab, daß die preußische Regierung beim Reich für die Teilnahme an einer internationalen Konferenz eintreten wird, falls von anderer Seite, namentlich von England, eine Einladung dazu ergeht. Nach kurzer Debatte nahmen die wenigen Abgeordneten, die Herr Arend nicht herausgegrault hatte, beide Anträge an. Am Montag steht außer kleinen Vorlagen auch der freikonservative Antrag betr. die Bäckerei-Verordnung des Bundesrats auf der Tagesordnung.

— Die Durchpeitschung des Bürgerlichen Gesetzbuches halten nach Mitteilung der „Deutschen Tageszeitung" auch viele Konservative für bedenklich. Das agrarische Blatt selbst ist entschieden gegen die Ueberhastung der Beratung. Was kann — so fragt es — die Durchpeitschung für einen Zweck haben? Sie könnte den Zweck haben, daß das Gesetzbuch noch im Jubeljahre in Kraft trete, oder daß sie eine Vertagung des Reichstages auf kurze Zeit erspare. Keinen von diesen zwei Zwecken erreicht aber die Durchpeitschung. Das beratene und angenommene Bürgerliche Gesetzbuch kann in diesem Jahre unter keinen Umständen in Kraft treten, voraussichtlich auch im nächsten Jahre noch nicht, da eine ganze Reihe kaum in Angriff genommener Gesetze gleichzeitig in Kraft treten sollen; eine Vertagung des Reichstages wird auch nicht erspart, da die Strafprozeßnovelle nicht erledigt werden kann, und der Reichstag nicht geschlossen werden soll, um die Vorarbeiten für diese Novelle nicht unter den Tisch fallen zu lassen. Somit bleibt die Durchpeitschung zwecklos.

Die vereinigten Fraktionen der Freisinnigen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei haben, wie die „Freis. Ztg." mitteilt, am Mittwoch die Taktik erörtert, welche inne zu halten ist gegenüber dem Drängen, in übereilten Beratungen die Reichstagsverhandlungen über das Bürgerliche Gesetzbuch alsbald zum Abschluß zu bringen. Man war übereinstimmend der Ansicht, daß Angesichts der wichtigen Fragen, hinsichtlich deren nach Ausweis der Kommissionsverhandlungen noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, eine solche übereilte Beratung, wie sie namentlich von der Zentrumspartei und den Nationalliberalen beabsichtigt wird, weder der Wichtigkeit des Gegenstandes noch der Würde des Reichstages entspricht, und daß daher diese Absicht um so weniger Unterstützung verdient, als das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches im nächsten Winter auch durch eine nachfolgende gründlichere Beratung in keiner Weise gefährdet erscheint.

Daß man dieses Ueberhasten nicht unterstützen will, halten wir für selbstverständlich. Es fragt sich aber, was dagegen zu geschehen hat, um es zu verhindern.

— Herrn von Eynern, der sich, wie gestern berichtet, durch die Börsengesetzrede des Genossen Singer beschwert fühlt, antwortet der letztere in einer Zuschrift an den „Vorwärts". Er stellt zunächst fest, daß der Parlamentsbericht der „Voss. Ztg.", auf welchen Herr v. Eynern sich stützt, keine korrekte Wiedergabe der Singerschen Auslassungen biete, und zitiert nach dem stenographischen Bericht den Passus über die Aufsichtsräte. Dann heißt es weiter:

„In dem sich hieran anschließenden Teil der Rede — aber vollständig losgelöst von den Personen der von mir genannten Aufsichtsräte — kommen dann die Ausführungen, die Sie als gegen sich gerichtet auffassen und deren Beweis Sie von mir verlangen.

Was ich von Ihnen gesagt habe, brauche ich nicht noch zu beweisen, denn in Ihrem offenen Brief geben Sie selbst zu, Aufsichtsrat bei verschiedenen industriellen Unternehmungen zu sein, und weiter habe ich nichts behauptet.

Daß Sie zu den „Kunden der Börsenmänner im Sinne der Abhängigkeit" gehören, habe ich nicht behauptet, obgleich der Schluß nahe liegt, daß zu Aufsichtsräten, welche neben der Tantième häufig auch durch Konsortialbeteiligung an der betr. Gründung lebhaft interessiert sind, mit Vorliebe Personen von den „Börsenmännern" gewählt werden, welche auf die Gesetzgebung und die öffentlichen Gewalten Einfluß üben können. Ebensowenig habe ich behauptet, „daß man Ihnen an der Börse je Geld abgenommen oder daß Sie dies anderen gegenüber gethan haben". Zu dieser positiven Behauptung fehlten mir die thatsächlichen Unterlagen; aber daß Ihre Börsentransaktionen etwa den harmlosen Charakter eines Spiels um Pfeffernüsse tragen, — das glaube ich wirklich nicht. Zum Dritten habe ich Ihnen auch nicht den Vorwurf „sittlicher Entrüstung über das Börsentreiben" gemacht. Wie sollte ich auch hierzu einem Manne gegenüber kommen, der u. a. der Bergisch-Märkischen Bank, welche im Jahre 1894 160 000 Mk. an Tantièmen und 7 pCt. Dividende gezahlt hat, der Bergwerks-Gesellschaft Hibernia, welche etwa 65 000 Mk. Tantième und 5½ pCt. Dividende gab, sowie den Farbenfabriken vorm. Frd. Bayer u. Co., Elberfeld, die 236 000 Mk. Tantième und 18 pCt. Dividende verteilten, seine Thätigkeit widmet. Alle diese Gründungen wären ja ohne die Börse nicht denkbar, und in den Reihen der Nationalliberalen hat „sittliche Entrüstung über die Börse" erst Platz gegriffen, seitdem manche der Herren sich von wegen der Mandate dem Agrariertum verschrieben und dem Bunde der Landwirte den Treueid geleistet haben.

Der Zweck Ihres offenen Briefes ist mir demnach nicht recht ersichtlich geworden, vielleicht sollte er die nationalliberalen Börsenfresser darüber aufklären, daß auch nach Ihrer Ansicht sich „die Ausbrüche sittlicher Entrüstung bei einigen reichstäglichen Tugendhelden" als Aftermoral darstellen."

— Der neue Nachtragsetat, der am Donnerstag vom Bundesrat beschlossen wurde, ist dem Reichstag bereits zugegangen. Er enthält eine Forderung von 400 000 Mk. zu Versuchen im Bereiche des Artilleriewesens für das laufende und das kommende Jahr. Zu jener Forderung kommt dann noch die auf Baiern entfallende Quote im Betrage von 51 057 Mk., so daß der Nachtragsetat im Ganzen 451 057 Mark vorsieht.

Der Grund, weshalb die Regierung jetzt noch mit dem Nachtragsetat für artilleristische Versuche an den Reichstag herantritt, dürfte der „Post" zufolge darin zu suchen sein, daß die Rechnungskommission des Reichstages in diesem Jahre die nachträgliche Bewilligung von Etatsüberschreitungen im Betrage von 393 371 zu Versuchen dieser Art abgelehnt hat, und nun für das laufende Jahr 1895/96 der Etat abermals bereits überschritten ist.

— Zur Vereinsgesetz-Praxis in Preußen hat das preußische Kammergericht am 11. Juni eine äußerst wichtige Entscheidung gefällt, die als ein Bruch mit der langjährigen Spruchpraxis dieses höchsten Gerichts für speziell preußisches Recht gelten muß. Es handelt sich um folgende Sache:

Der Verband deutscher Bergleute hat in verschiedenen Gegenden Preußens Zahlstellen gegründet, welche als besondere Vereine betrachtet werden. Der Verband strebt danach, die Verhältnisse der Bergleute zu verbessern und will daher „auf öffentliche Angelegenheiten einwirken". Der Vorstand der Zahlstelle Witten war nun beschuldigt worden, eine Versammlung abgehalten zu haben, ohne dieselbe vierundzwanzig Stunden vorher bei der Polizeibehörde anzumelden. Die Angeklagten machten unter Anderem zu ihrer Verteidigung geltend, daß in der fraglichen Versammlung öffentliche Angelegenheiten überhaupt nicht erörtert wurden. Trotzdem wurden die Angeklagten zu Geldstrafen verurteilt, da auch eine Zahlstelle des großen Verbandes als Verein anzusehen sei; auch sei ein derartiger Verein verpflichtet, jede Versammlung 24 Stunden vorher anzumelden. Das Kammergericht hob jedoch die Vorentscheidung auf und machte unter Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz geltend, der Gerichtshof habe abweichend von seiner bisherigen Rechtsprechung, aber in Uebereinstimmung mit dem Oberverwaltungsgericht angenommen, daß nach dem Vereinsgesetze die dem § 1 desselben unterliegenden Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, nur diejenigen von ihnen veranstalteten Versammlungen vorher anzumelden haben, die der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten dienen. Wortlaut wie Entstehungsgeschichte des Vereinsgesetzes sprächen für diese Auffassung. Die Hauptbestimmung eines Vereins, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken, schließt nach der Ansicht der beiden höchsten preußischen Gerichtshöfe keineswegs aus, daß die Vereinsorgane oder Mitglieder in einzelnen Zusammenkünften oder Versammlungen auch andere Zwecke als die Beratung öffentlicher Angelegenheiten verfolgen; in einem solchen Falle sei eine Anmeldung einer Versammlung vorher nicht erforderlich.

Aus dem Auslande.

Spanien. „Ausnahmegesetze gegen die Anarchisten", das ist die Antwort der spanischen Regierung auf das Bombenattentat in Barcelona. Zwar ist durchaus noch nicht erwiesen, daß das Attentat das Werk eines politischen Fanatikers und nicht das eines gewöhnlichen Mörders oder Irrsinnigen ist; zwar ist in keiner Weise festgestellt, daß Anarchisten dabei die Hände im Spiel hatten; zwar weiß man noch nicht, ob auch nur einer der Verhafteten in irgend einer Weise in die Angelegenheit verwickelt ist — aber das spanische Ministerium hatte sofort eine Ausnahmegesetzvorlage bereit. Der Entwurf statuiert unter anderem, daß diejenigen, die sich Anarchisten benennen, ohne Weiteres Ausweisung oder Deportation zu erwarten haben. Die Propaganda wird streng überwacht und Attentate sollen stets mit dem Tode bestraft werden. „Das Projekt gelangt am Sonnabend zur Hauptverhandlung und wird sicherlich debattelos durchgehen," lassen sich die Blätter aus Madrid telegraphieren.

Die prompte Arbeit des Ministeriums, die schon im Voraus sicher angenommene Zustimmung der Cortes (wie diese Jasage-Maschine zustande gekommen, haben wir bereits ausgeführt), legen den Gedanken nahe, daß das Verbrechen von Barcelona nicht ganz unerwartet kam. Ausweisung und Deportation sind ein bequemes Mittel, um sich eine Opposition vom Halse zu schaffen, und grade der industriell am höchsten entwickelte Teil Spaniens, Barcelona und Umgegend, hat bisher eine ablehnende Haltung gegen die Politik der Regierung an den Tag gelegt. Nun wird man die Wortführer des

Volkes stumm zu machen
sind, werden die spanische
finden.

Ueber die weiteren Fol
schreibt ein Madrider Korres
Konsequenzen desselben wer
Provinz Barcelona ist in
alle Anarchisten und solche,
sein, werden verhaftet und
lichsten Mißhandlungen aus
Viele Unschuldige werden
zichtigen, nur um den entse
Gefängnis zu leiden haben
suchung ist der Militärger
steht also demnächst eine
der auch viele Unschuldige
braucht sich nur der letzten
erinnern, wo nicht nur viel
mehr Personen spurlos vers
wird, soll Weyler dieselbe
lassen. Ob das wahr ist,
Zeit erfahren. Bei den V
ausgeschlossen; denn die Ge
alle ihr verdächtig erschein
vinz Barcelona aufzugreifen
zuliefern.

„Das sind die Konse
Es wird in Barcelona ein
die Regierung dem Genera
geräumt hat und die grau
meine Zustimmung finden.
sationen, welche sich kaum
wieder zerstört und für la
daß der spanischen Arbeiter
wird, braucht wohl nicht e

Afrika. Pretoria,
die Strafen der vier Ref
25 000 Pfd. Sterling ve
heute erlegt, und die vi
nach dem Rand abgereis
Rhodes soll, wie es heißt,
Verpflichtung, sich nicht i
Südafrikanischen Republik
Infolge der Freilassung
Johannesburg große Kauf

Aus der Sta

— **Baer & Rempel.**
schaftliche Organisation fü
verständlich es eigentlich
sein müßte, seiner Gewerk
folgender Vorfall. Die V
alle in Akkord beschäftig
Gegenstände selbst forttrag
Dabei passierte es nun
er zu einer Arbeit aufgefo
nicht das geringste zu th
öfter vorgekommen sein.
entstand ein Wortwechsel,
aufbürden wollte, faßte ih
und das Ende vom Lied
lassen wurde. Als seine
von ihnen die Arbeit nied
Kollege solle wiedereingest
Grund deren der Zwischen
und abgestellt werden. Al
hinaus. Sie glaubten zu
zu haben, ihre Forderun
etwas zu viel gesagt;
träzlichkeiten, die abzuschaf
lag — durchzusetzen, a
belehrt, und mit Müh'
wieder in Gnaden aufgen
der Strecke geblieben.

Hätten wir in Bielefe
nisation, dann würden
Arbeit niedergelegt hab
ganz falscher Schritt. D
ist eben auch eine F
Organisation. Eine solc
artige Vorkommnisse z
Fehler einmal gemacht
unedler Beweggrund, w
hatte: Das Solidaritätsge
die traurige Folge? Herr
reden lassen. Die Arbeit
klarlegen wollen, wie gut
vergebens, Herr Rempel
halb gar nicht erst zu W

Und Herr Rempel ha
es nicht nötig haben, sich
so lange darf der Fabrik
starke Gewerkschaft im Hi
auch „fernen" Arbeitern a

— **Geschworenenli**
Schwurgerichtsperiode wu
als Geschworene ausgelost:
Halle; Dickertmann, Wil
Heinrich, Kolon, Westkil
Bielefeld; Kammeyer He
Ferdinand, Kolon, Hall
Wiedenbrück; Wiemers,
Wilhelm, Kolon, Wichlingh
Bischoffshagen; Becker,
Pöppelbaum, Christoph,
mann, Bielefeld; Meyer-
Bauerschaft Schildesche; H
Allerbeck, Gastwirt, Rheda
Bielefeld; Lücking, Friel
Heinrich, Kreisschulinspekt
Rentner, Bielefeld; G

Volkes stumm zu machen wissen; daß es „Anarchisten" sind, werden die spanischen Richter schnell genug herausfinden.

Ueber die weiteren Folgen des wahnsinnigen Verbrechens schreibt ein Madrider Korrespondent an den „Vorwärts": „Die Konsequenzen desselben werden furchtbare sein. Die gesamte Provinz Barcelona ist in Belagerungszustand erklärt worden; alle Anarchisten und solche, welche im Verdacht stehen, es zu sein, werden verhaftet und in den Gefängnissen den entsetzlichsten Mißhandlungen ausgesetzt, um Geständnisse zu machen. Viele Unschuldige werden sich der schwersten Verbrechen bezichtigen, nur um den entsetzlichen Qualen, unter denen sie im Gefängnis zu leiden haben werden, zu entgehen. Die Untersuchung ist der Militärgerichtsbarkeit übertragen worden; es steht also demnächst eine große Anarchistenschlächterei bevor, der auch viele Unschuldige zum Opfer fallen werden. Man braucht sich nur der letzten Anarchistenprozesse in Barcelona zu erinnern, wo nicht nur viele hingerichtet wurden, sondern noch mehr Personen spurlos verschwanden. Wie allgemein behauptet wird, soll Weyler dieselben auf hoher See haben ersäufen lassen. Ob das wahr ist, wird man wohl erst in späterer Zeit erfahren. Bei den Verhaftungen ist ein Mißbrauch nicht ausgeschlossen; denn die Gensdarmerie hat den Befehl erhalten, alle ihr verdächtig erscheinenden Personen innerhalb der Provinz Barcelona aufzugreifen und an die Militärgefängnisse abzuliefern.

„Das sind die Konsequenzen eines infamen Verbrechens. Es wird in Barcelona ein fürchterliches Regiment beginnen, da die Regierung dem Generalkapitän absolute Aktionsfreiheit eingeräumt hat und die grausamsten Maßregeln im Volke allgemeine Zustimmung finden. Die sozialistischen Arbeiterorganisationen, welche sich kaum wieder erholt haben, werden natürlich wieder zerstört und für lange Zeit unmöglich gemacht. Und daß der spanischen Arbeiterorganisation im Allgemeinen geschadet wird, braucht wohl nicht erst besonders bemerkt zu werden."

Afrika. Pretoria, 11. Juni. Die Regierung hatte die Strafen der vier Reformisten in eine Geldstrafe von je 25 000 Pfd. Sterling verwandelt. Die Geldstrafen wurden heute erlegt, und die vier Führer sind bereits heute Abend nach dem Rand abgereist. Die Verbannung des Obersten Rhodes soll, wie es heißt, in kraft gehalten werden, da er die Verpflichtung, sich nicht in die politischen Angelegenheiten der Südafrikanischen Republik einzumengen, nicht übernehmen will. Infolge der Freilassung herrschte an der heutigen Börse in Johannesburg große Kauflust bei starkem Preisaufschlag.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 15. Juni.

— **Baer & Rempel.** Wie notwendig eine starke gewerkschaftliche Organisation für die Arbeiter ist und wie selbstverständlich es eigentlich für jeden klassenbewußten Arbeiter sein müßte, seiner Gewerkschaft anzugehören, zeigt recht drastisch folgender Vorfall. Die Lackierer bei Baer & Rempel, welche alle in Akkord beschäftigt sind, müssen die fertig gestellten Gegenstände selbst forttragen und sich neue Arbeit heranholen. Dabei passierte es nun einem am vergangenen Freitag, daß er zu einer Arbeit aufgefordert wurde, die mit seinem Akkord nicht das geringste zu thun hatte. Es soll dies früher schon öfter vorgekommen sein. Aus seiner diesmaligen Weigerung entstand ein Wortwechsel, der betreffende, der ihm die Arbeit aufbürden wollte, faßte ihn an, er ließ sich das nicht gefallen, und das Ende vom Liede war, daß er Knall und Fall entlassen wurde. Als seine Kameraden das erfuhren, legten 17 von ihnen die Arbeit nieder mit der Forderung, der entlassene Kollege solle wiedereingestellt werden und die Mißstände, auf Grund deren der Zwischenfall entstanden war, sollten untersucht und abgestellt werden. Als weitere Folge davon flogen sie alle hinaus. Sie glaubten zuerst, Kraft genug gegen die Firma zu haben, ihre Forderung — Forderung? Das wäre wohl etwas zu viel gesagt; es war eine Beschwerde über Unzuträglichkeiten, die abzuschaffen ebenfalls im Interesse der Firma lag — durchzusetzen, allein sie wurden bald eines besseren belehrt, und mit Müh' und Not sind glücklich 6 von ihnen wieder in Gnaden aufgenommen worden, 12 dagegen sind auf der Strecke geblieben.

Hätten wir in Bielefeld eine starke gewerkschaftliche Organisation, dann würden die Arbeiter zunächst gar nicht die Arbeit niedergelegt haben. Es war dies sicherlich ein ganz falscher Schritt. Dieses planlose Hinwerfen der Arbeit ist eben auch eine Folge des Mangels einer starken Organisation. Eine solche hat andere Mittel, um derartige Vorkommnisse zu regeln. Nun aber war der Fehler einmal gemacht, und es war wahrlich kein unedler Beweggrund, welcher die Arbeiter dazu verleitet hatte: Das Solidaritätsgefühl hatte sich in ihnen geregt. Und die traurige Folge? Herr Rempel hat nicht einmal mit sich reden lassen. Die Arbeiter haben ihm in der höflichsten Form klarlegen wollen, wie gut begründet ihre Beschwerden waren, vergebens, Herr Rempel hat nichts hören wollen und sie deshalb gar nicht erst zu Worte kommen lassen.

Und Herr Rempel hat ganz recht. So lange die Arbeiter es nicht nötig haben, sich eine starke Organisation zu schaffen, so lange darf der Fabrikant sie als Nullen behandeln. Eine starke Gewerkschaft im Hintergrunde, und Herr Rempel wäre, auch „seinen" Arbeitern gegenüber, ein höflicher Mann gewesen.

— **Geschworenenliste.** Für die am 30. d. M. beginnende Schwurgerichtsperiode wurden am 13. d. M. folgende Herren als Geschworene ausgelost: Schmedtmann, Heinr., sen., Gastwirt, Halle; Dickertmann, Wilhelm, Fabrikant, Bielefeld; Döring, Heinrich, Kolon, Westkilwer; Crüwell, Arnold, Kaufmann, Bielefeld; Kammeyer, Heinrich, Wirt, Versmold; von der Ahe, Ferdinand, Kolon, Halle; Tecklenborg, Franz, Kaufmann, Wiedenbrück; Wiemers, Anton, Gastwirt, Minden; Brune, Wilhelm, Kolon, Wichlinghausen; Winkelmann, Heinrich, Fabrikant, Bischofshagen; Becker, Anton, Kaufmann, Wiedenbrück; Pöppelbaum, Christoph, Meier zu Möse; Bank, August, Kaufmann, Bielefeld; Meyer-Altenschildesche, Wilhelm, Gutsbesitzer, Bauerschaft Schildesche; Heidsiek, Gottfried, Kaufmann, Bielefeld; Allerbeck, Gastwirt, Rheda; Sartorius, Franz, Spinnereidirektor, Bielefeld; Lücking, Friedrich, Bäcker, Kirchlengern; Rasche, Heinrich, Kreisschulinspektor, Wiedenbrück; Helling, Heinrich, Rentner, Bielefeld; Grundmann, Kaufmann, Hollwiesen; Winkelhage, Peter, Vorsteher, Lenzinghausen; Schütte, Hugo, Kaufmann, Heisterholz; Deerberg, Karl, Schlosser, Lübbecke; Wibbing, Heinrich, Kolon, Spenge; Holthöfer, Heinr., Rentner, Haever; Meyer, Georg, Fabrikant, Bischofshagen; Wilmsmeyer, Friedrich, Vorsteher, Mennighüffen; Kleinschmidt, Konrad, Mechaniker, Neesen; Bertelsmann, Arnold, Kaufmann, Bielefeld.

Lemgo, 15. Juni. Im Lokale des Herrn Strotmann tagte gestern Abend eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung, in welcher Genosse Schreck Bielefeld, anknüpfend an die in letzter Zeit stattgehabten wirtschaftlichen Kämpfe, die Aufgaben der Gewerkschaften für die Zukunft schilderte. Hierauf wurde die Wahl des Delegierten zum internationalen Kongreß vorgenommen.

Gerichtliches.

** **Bielefeld,** 13. Juni. Strafkammer. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Löher, Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Holle. Der Gerichtsvollzieher Arthur Herzog zu Rheda war vom dortigen Schöffengericht wegen Körperverletzung und zwar unter Annahme mildernder Umstände zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Die Berufung des Angeklagten sowie die Berufung der Amtsanwaltschaft wegen zu niedrigen Strafmaßes wurde als unbegründet verworfen. — Die Berufung der Amtsanwaltschaft zu Bünde gegen ein Urteil des Schöffengerichts zu Bünde, welches den Kolon Friedrich Marmelstein aus Spradow am 28. Mai d. J. von der Anschuldigung der Steuerhinterziehung freigesprochen hatte, wurde ebenfalls verworfen. — Die Berufungsinstanz hob heute ein Urteil des Königl. Schöffengerichts zu Petershagen vom 23. April d. J. auf und verurteilte den Haussohn Schwier aus Eldagsen bei Petershagen wegen Sachbeschädigung zu einer Geldstrafe von 20 Mk. ev. 4 Tagen Gefängnis. Das erste Urteil lautete auf 3 Wochen Gefängnis. — Der Schuhmacher Ludwig Imkamp und der Maler Wilhelm Wittenbreder zu Bielefeld sind angeklagt, in der Nacht zum 9. März d. J. den Bahnportier Walkenhorst und dessen Ehefrau vorsätzlich und zwar mittelst gefährlicher Werkzeuge mißhandelt zu haben. Sie werden überführt, Imkamp zu 6 Monat und Wittenbreder zu 3 Monat Gefängnis verurteilt.

Kunst und Litteratur.

Die Währungsfrage und die Sozialdemokratie. In den nächsten Tagen wird ein bemerkenswertes Schriftchen ausgegeben werden.*) Die „Leipziger Volkszeitung" schreibt darüber: Im Vordergrunde des Interesses steht heute die Währungsfrage, die ein Zankapfel im Kampfe der Parteien ist. Zu ihr Stellung zu nehmen, ist eine Notwendigkeit, da durch die Art der Währungspolitik die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände jedes Gemeinwesens auf das lebhafteste beeinflußt werden. Wir haben in diesen Blättern die währungspolitischen Dinge eingehender mehrfach behandelt. Im Reichstag hat die Sozialdemokratie es nicht versäumt, gegenüber den Herausforderungen der Doppelwährungsritter den für eine Arbeiterpartei allein denkbaren Standpunkt, Eintreten für die Goldwährung, mit aller Schärfe und Entschiedenheit darzulegen. Daß die Sozialdemokratie dadurch sich den besonderen Zorn der Silberlinge zugezogen hat, ist bekannt. Herr Arendt, der erprobte Doppelwährungshausierbursche, schielt auf die Sozialdemokratie mit dem Eifer eines in seinen heiligsten Interessen gekränkten Geschäftsmannes, und die bewährten Volksfreunde, die Mirbach, die Kardorff, die Leuschner, stimmen in dieses Lied fortissimo ein. Bisher aber war publizistisch die Sache der Goldwährung nur von den interessierten bürgerlichen Gruppen behandelt worden, vor allem von dem kenntnißreichsten und wichtigsten Sachwalter dieser Richtung, von Ludwig Bamberger, dessen Streitschriften und Aufsätze namentlich dem Vorgebildeten eine reiche Quelle der Belehrung bieten. Sehr rührig ist auch der streitbare Benjamin der bürgerlichen Goldwährungsleute, Dr. Karl Helfferich, dessen Brochüren an dieser Stelle mehrfach besprochen worden sind. Gefehlt aber hat bis heute eine ausreichende Darlegung der Währungsfrage vom Standpunkte der Sozialdemokratie. Genosse Schippel hat in dem heute hier angezeigten Heftchen — es sind vier gut ausgestattete Oktavbogen — diese dringliche Aufgabe vortrefflich gelöst. Knapp, scharf, klar, wie es seine Art ist, auf Grund einer gewissenhaften Erforschung des reichen, äußerst umfangreichen Stoffes behandelt Schippel die währungspolitischen Zustände und Kämpfe. Anschaulich schildert er die Währungsumwälzungen seit 1870, die alten Silbermassen im heutigen Münzenlauf, wobei er die chauvinistischen Finten der Silberbarone wegen der Währung des deutschen Reiches im Kriegsfalle geschickt abfertigt. Die Lage der deutschen Silbererzeugung, die der Silberländer, die Verlegenheiten der britisch-indischen Verwaltuug, der angebliche Goldmangel und die Wirtschaftskrisen, die Ursachen der Silberentwertung, die Arbeiterfeindlichkeit der bimetallistischen Preistreibergelüste werden gemeinfaßlich vorgeführt. Da wird gezeigt, daß alle Befürchtungen der Bimetallisten entweder ganz gegenstandslos oder doch maßlos übertrieben sind, daß von einer Gefährdung unseres Münzsystems durch die Reste der alten Silberwährung kaum zu sprechen sei, daß die kommerziellen Folgen der Valutaschwankungen zwischen Gold- und Silberländern gewöhnlich überschätzt werden, daß der sinkende Geldwert zwar vorübergehend der Ausfuhr der Silberländer den Vorteil einer Exportprämie gewähren könne, auf der anderen Seite jedoch dem wirtschaftlichen Aufschwung derselben Gebiete die schwersten Hemmnisse bereiten müsse, so daß die behauptete allgemeine Verschiebung in den Weltmarktsbeziehungen zu Ungunsten der höher entwickelten Goldländer ebenfalls in das Reich der schillernden bimetallistischen Fabel und Phrase gehört. Dann weist Schippel nach, welches Maß von interessiertem Unverstand dazu gehört, die Preisbewegungen der letzten Jahrzehnte und die — bald über längere, bald über kürzere Zeiträume sich erstreckenden — Krisenpreise nicht aus dem innersten Wesen des kapitalistischen Fortschritts, sondern aus den äußerlichen Zufälligkeiten der Edelmetallzufuhr erklären zu wollen. Dagegen zeigt er durch eine Betrachtung der Umwälzungen in der Silberproduktion, daß eine jähe Geldentwertung bevorstehe, wenn durch die unbeschränkte freie Prägung des weißen Metalls jeder Unterschied in dem Wertniveau des Silbergeldes und des Barrensilbers unterdrückt würde. Hier ist endlich ein zuverlässiger Leitfaden für unsere Agitation, hier kann der Arbeiter sich gut und schnell unterrichten, hier kann er lernen, wie er zu diesen Angelegenheiten öffentlich Stellung nehmen soll.

*) Die Währungsfrage und die Sozialdemokratie. Eine gemeinfaßliche Darstellung der währungspolitischen Zustände und Kämpfe. Von Max Schippel. Berlin 1896. Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts Th. Glocke in Berlin).

Wissenschaft und Technik.

Teslas neues Licht. Wir gaben unseren Lesern von der neuen Erfindung des jetzt in Newyork lebenden österreichischen Elektrotechnikers Tesla Kunde. Dieser hat sich einem Interviewer gegenüber jetzt über die praktische Nutzbarmachung seiner Funde folgendermaßen ausgelassen:

„Vor vier Jahren, als man meine Methode der Hervorbringung von Licht in luftleeren Glasröhren zum ersten Male kennen lernte, faßte man dieselbe als ein interessantes Experiment im Laboratorium auf. Alle meine Besucher sagten: Welch' prachtvolle Effekte!" und im selben Atem: „Wie ganz und gar ungeschäftlich!" ... Heute glaube ich, nicht etwa, daß ich schon das Vollendetste erreicht, aber doch, daß ich eine durchaus praktische und geschäftlich auszunützende Methode der Hervorbringung von Licht in luftleeren Glasröhren gefunden habe, welche alle bisherigen Methoden übertrifft.

... „Die Apparate, die ich jetzt benütze — fuhr Tesla fort — unterscheiden sich wenig von denjenigen, welche ich seiner Zeit in der National Electric Light Association in St. Louis zeigte. Die Grundprinzipien sind dieselben; ich habe nur Verbesserungen und Fortschritte gemacht. Ich habe die Ursache des Verlustes an Energie gefunden und sie zum größten Teile beseitigt. Ich kann bereits zehn Prozent der ursprünglichen Energie in ein reines weißes Licht, welches die dreifache Leuchtkraft eines gewöhnlichen Glühlichtes hat, umwandeln."

„Ist Ihr Vibrator derselbe, wie derjenige, den Sie in St. Louis zeigten?" frug der Interviewer.

„Nein, ich habe auf ihn schon längst verzichtet. Es war mir unmöglich, einen Vibrator herzustellen, der länger als einige Stunden aushielt, ich fand einen besseren Weg und benütze nun überhaupt keinen Vibrator."

„Wie kann ich es dem Laien erklären, auf welche Weise Sie in Ihren ausgepumpten Glaskugeln den Aether in solch rapide Vibrationen bringen und dieses Licht ohne mechanische Vibrationen hervorbringen?"

„Sie können dies nicht erklären. Sagen Sie," fügte Tesla lächelnd hinzu, „daß es himmlische Sphärenmusik ist .... Zwischen meinen kupfernen Leitungsdrähten und dem Innern der ausgepumpten Glaskugeln existiert keine Verbindung. Die elektrischen Ströme gehen durch das Glas. Es giebt keinen Vibrator, keinen Mechanismus." Auf die Frage, wie viel Schwingungen jetzt erreichbar seien, antwortete Tesla. „Etwa sechsmalhunderttausend in der Sekunde. Binnen kurzer Zeit hoffe ich fünfzig Millionen Schwingungen in der Sekunde zu produzieren."

„Wie messen Sie dieselben?"

„Auf zweierlei Art; die eine will ich Ihnen vorläufig nicht beschreiben. Aber die zweite ist einfach die — durch mein Ohr. Wenn ich eine dieser kleinen Glaskugeln an das Ohr halte, so kann ich die Perioden der Vibrationen beinahe so genau unterscheiden wie der Musiker die Töne der Skala von seiner Stimmgabel."

Das Licht, welches Tesla in seinen neuesten Glasröhren erzeugt, ist von reinstem Weiß und besitzt alle die sichtbaren Eigenschaften des Sonnenlichts. Eine kleine Glaskugel, welche in Teslas Laboratorium brennt, genügt, um ein Empfangszimmer zu erleuchten. Diese Glaskugeln haben eine geradezu unbeschränkte Dauer der Benützbarkeit; einige derselben leuchten in Teslas Laboratorium schon seit vier Jahren mit unverminderter Lichtstärke .... — Das klingt fabelhaft.

Vermischtes.

Eine Art Grubenunglück ereignete sich am Mittwoch in Lüttich. In der im Stadtviertel Sainte-Marguerite belegenen Zeche Sainte-Marguerite brachen Wassermassen hervor; der 16 Jahre alte Bergarbeiter Rasquinet ertrank, während es den übrigen Arbeitern gelang, sich zu retten. In derselben Zeit ertönte in dem gleichen Stadtviertel in der Rue de l'Ouest im Hause des Appellationsgerichtsrates Tschoffen ein furchtbarer Knall, unter ungeheuerem Getöse war der Wagenschuppen zusammengestürzt; eine tiefe Oeffnung von 7 Meter Durchmesser zeigte sich im Erdboden. Gleichzeitig erfolgten Zusammenstürze in den Nachbarhäusern; das Straßenpflaster platzte auseinander. Die Straße wurde sofort polizeilich abgesperrt und die Einwohner der bedrohten Häuser angewiesen, diese schleunigst zu räumen. Das ganze Stadtviertel ist von zahlreichen Galerien der Zeche durchzogen; auch sind viele nicht mehr benutzte Schachte vorhanden. Das Haus Tschoffens und das Nachbarhaus sind dem Einsturze nahe. Zwei weitere Häuser müssen auch niedergerissen werden. Die Gemeindebehörden sind auf heute einberufen, um die erforderlichen Maßnahmen zu beschließen.

Der Journalismus auf der Höhe. Ein eigenartiges Geschäft betreibt der Meldung eines Berichterstatters zufolge ein Wiener Blättchen, dessen Herausgeber ein gewisser Herr Spitz ist, und welches sich „Wiener Wespen", humoristisch-belletristisch-national ökonomische Revue, nennt. Das angezogene Blatt benutzt den größten Teil seines Raumes zu einer Schilderung der Berliner Gewerbe Ausstellung. Die Notizen sind meist persönlicher Natur, d. h. sie beziehen sich auf die Ausstellungen einzelner Firmen, denen ein Loblied gesungen wird; jedoch nicht für umsonst. Einer der so Gelobten, ein Mitglied des Gesamtvorstandes der Ausstellung, Herr Otto Matern, erhielt von der Redaktion des genannten Blattes die schriftliche Aufforderung, gegen Einsendung von 20 Mark auf die „Wiener Wespen" zu abonnieren, wofür die Aufnahme einer stehenden Annonce zugesichert wurde. Wenige Tage später wurde die Administration etwas deutlicher; sie sprach ihre „besondere Verehrung und Wertschätzung" Herrn M. gegenüber aus und erwartete, bauend auf seine Großmut" und

im Vertrauen auf seine „bekannte Großmut", welche auch den indirekten Schaden der „Wiener Wespen" nicht zulassen werde, die Erledigung der Angelegenheit. Bereits am folgenden Tage erhielt der Fabrikant eine Quittung über die gesandten 20 M., wiewohl nicht ein Pfennig von Herrn M. abgeschickt worden war. Die „Wiener Wespen", die gewiß auch noch andere Geschäfte gebrandschatzt haben, betreiben ihre Praktiken ein wenig ungeniert. Aber an sich stehen sie kaum viel tiefer da als die Mehrzahl der liberalen, konservativen und unparteiischen Berliner Blätter, die gleichfalls ohne Skrupel im redaktionellen Teil Geschäftsreklamen bringen, daß es nur so hagelt — vorausgesetzt, daß die gewissenlosen Irreführungen des Publikums reichlich bezahlt werden.

Durch eine Explosion wurden am Freitag Vormittag in Felixdorf bei Wien in der Blumauer Pulverfabrik 3 Arbeiter und 2 Arbeiterinnen getötet. Die Explosion geschah bei einer Manipulation mit sogenanntem Kuchenpulver. Ein Holzbau ist in die Luft geflogen.

Eine Wahnsinnsthat. Aus Brüssel meldet das „Kl. Journal": Ein Arbeiter vergiftete im Wahnsinn seine Frau und sieben Kinder.

Briefkasten der Redaktion.

S. E. Wenn der Wirt Ihnen gekündigt hat und Sie die Kündigung angenommen haben, kann dieselbe ohne Ihre Einwilligung von Ihrer Frau nicht rückgängig gemacht worden.

Quittung.

Für die im Ausstande befindlichen Arbeiter gingen ein:

Bereits quittiert	21566,09 M.
Liste 4 (4. Rate)	7,50 „
Liste 81 (7. Rate)	43,65 „
Liste 109 (2. Rate)	6,— „
Liste 184 (5. Rate)	6,50 „
Aus Spenge D. B. V.	5,— „
Summa	21634,74 M.

Ich bitte um weitere Beiträge, damit die ausgesperrten Arbeiter der Bielefelder Maschinenfabrik unterstützt werden können.

Bruno Schumann, Vorsitzender des Gewerkschaftskartell.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Inserate werden nur gegen Barzahlung aufgenommen

Bekanntmachung.

Indem ich den Text der von dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe für die Gewerbeaufsichtsbeamten angeordneten, für den ganzen Umfang der Monarchie gleichartigen Ausweiskarten zur öffentlichen Kenntnis bringe, weise ich gleichzeitig darauf hin, daß diesen Beamten zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht während des Betriebes, der Zutritt zu den gewerblichen Anlagen bei Vermeidung von Strafe zu gestatten ist. Eine Ausweiskarte haben erhalten: 1. der königliche Regierungs- und Gewerberat Raether aus Minden, 2. der königliche Gewerbeinspektor Mente aus Minden, 3. der Gewerbeinspektions-Assistent Dr. Moeller aus Minden, 4. der kommissarische königliche Gewerbeinspektor Olschewsky aus Bielefeld, und 5. der Gewerbeinspektions-Assistent königl. Regierungs-Baumeister Trurnit aus Bielefeld, und zwar zu 1 für den Regierungsbezirk Minden, zu 2 und 3 für die Kreise Minden, Lübbecke, Herford, Warburg und Höxter und zu 4 und 5 für die Kreise Bielefeld Stadt und Land, Halle, Wiedenbrück, Paderborn und Büren. Der Text lautet: Nach der Bestimmung im § 139b der Gewerbe-Ordnung stehen den Gewerbeaufsichtsbeamten bei Ausübung ihres Dienstes alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, insbesondere das Recht zur jederzeitigen Revision gewerblicher Anlagen zu. Sie sind vorbehaltlich der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten zur Geheimhaltung der amtlich zu ihrer Kenntnis gelangenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse der ihrer Revision unterliegenden Anlagen verpflichtet. Die amtlichen Revisionen müssen die Arbeitgeber zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während des Betriebes gestatten. Wer die Gewerbeaufsichtsbeamten an der Ausübung der ihnen obliegenden Revisionen hindert, wird, sofern er nicht nach §§ 113 und 114 des Strafgesetzbuches schwerere Strafen verwirkt hat, mit Geldstrafe bis zu 30 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft.

Der Regierungs-Präsident.
J. V.: v. Lüpke.

Rechnungs-Formulare
liefert schnell und in sauberster Ausführung
Buchdruckerei „Volkswacht"

Durch die **Buchhandlung „Volkswacht"** ist zu beziehen:

Das Arbeiterrecht.
Rechte und Pflichten des Arbeiters in Deutschland aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag, der Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung.
Mit Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge, Beschwerden, Berufungen u. s. w.
Erläutert von
Arthur Stadthagen
früherem Rechtsanwalt, Mitglied des deutschen Reichstags.
Preis pro Heft 20 Pfg. — Vollständig jetzt erschienen in 11 Heften.

Soeben erschienen sind folgende Broschüren und halten wir dieselben zur Anschaffung und zu **weitester Verbreitung** bestens empfohlen:

Zweierlei Recht.
Stenographischer Bericht
der Verhandlungen des Deutschen Reichstages über die
Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts.
Preis 10 Pfg.

Der Militarismus auf der Anklagebank.
Ausführlicher Bericht
über die **Schwurgerichtsverhandlung** vom 29. Febr. 1896 gegen den Redakteur der „Münchener Post" Ed. Schmidt wegen Beleidigung der Offiziere und Unteroffiziere der bairischen Armee.
Preis 15 Pfg.
Buchhandlung „Volkswacht".

Neu eingetroffen
kommen in ganz bedeutender Auswahl
große **Gelegenheitsposten** in
Kleiderstoffen,
Elsässer, Greiz-Geraer und Glauchauer Fabrikate,
Mohair, Alpaccas, Creponnes, Lenos etc.,
sowie große Posten der neuesten
Waschstoffe
in Rips, Battist, Zephir, Plisseestoff 2c.
zu unerreicht billigen Preisen
zum Verkauf. [1558
Spezial-Reste-Geschäft
Niederstr. 6 I. Etage. **M. Strauss** Niederstr. 6 I. Etage.

Eine größere Partie
Fahrräder
mit Pneumatik
vorjährige Modelle, billig zu verkaufen. [1557
Louis Stratemann,
Neumarkt 4.

Fort mit Soda, Fort mit allem Seifenpulver
Wächter's Bleich- und Reinigungs-Mittel geht allen voran. In allen Staaten patentiert D. R.-P. Nr. 81070. [839
Zu haben für den Haushaltungsgebrauch bei Herrn Kaufmann.
Arnold Fricke.

Sämtliche Wäsche
wird sauber gewaschen und geplättet. 1499*] **Meterstraße 15.**


Quittungsmarken
in allen Größen und Farben zum Quittieren der Beiträge für Vereine und Krankenkassen, (bestes Kontrollmittel für Kassierer) liefert in sauberster Ausführung die
Buchdruckerei der „Volkswacht".

Avis-
Einladungs-
Eintritts-
Fest-
Geschäfts-
Gratulations-
Kondolenz-
Menu-
Speise-
Visiten-
Karten
liefert in sauberster Ausführung schnell und billig
Buchdruckerei „Volkswacht".

Ein geräumiges, einfach möbliertes
Arbeitszimmer
möglichst sofort zu **mieten gesucht.** Offerten unter X an die Exped. d. Z. erbeten. [1556

Eine tüchtige **Maschinen-Näherin** sofort **gesucht.** [1555
Webereistraße 3.

Amme
sofort gegen hohen Lohn sucht [1530*
Frau Tappe, Bielefeld, Güsenstr. 13.

Beim
Standesamt Bielefeld
sind eingetragen
vom 8. bis 13. Juni 1896:

Geburten (zusammen 32).

Söhne (12): Eisendreher August Fortmann, Kaufmann Wilhelm Rudorf gen. Lohmann, Arbeiter Heinrich Bruning, Arbeiter Gustav Bergbusch, Arbeiter August Anhut, Schlosser August Rubbe, Steinsetzer August Schröder, Maschinenfabrikant Heinrich Eckhardt, Dreher Heinrich Lepper, Eisenbahntelegraphist Ludwig Wiese, Kutscher Friedrich Liedtke, Musiker Edmund Fischer.

Töchter: (20): Schuhmacher Friedrich Stuphorn gen. Landwehr, Fuhrmann Friedrich Bohnenkamp, Tischler August Hannenhaus, Sattler Florentin Jaekel, Kaufmann Theodor Daur, Kaufmann Louis Goldschmidt, Kaufmann Heinrich Tiemann, Arbeiter Heinrich Hüljewede, Arbeiter Heinrich Horstkotte, Arbeiter Hermann Gütlaa, Schreiber Heinrich Elbracht, Arbeiter Ludwig Oldenbürger, Amtsgerichts-Sekretär Heinrich Graf, Arbeiter Hermann Thenhaus, Klempner Eduard Richard, Arbeiter Josef Mittelmerten, Tischler Heinrich Finkeldei, Arbeiter Karl Seliger, Maurermeister Hermann Spilker.

Todesfälle (15):

Schuhmacher Heinrich Hollieth, 55 J. Maler Eduard Hoffmann, 36 J. Witwe Helene Fehling, 92 J. Witwe Friederike Otting, 43 J. Ehefrau Friederike Brandes, 35 J. Ehefrau Christine Heß, 61 J. Schneider Heinrich Sussieck, 47 J. Heizer Heinrich Korte, 59 J. Heinrich Oberschelp, 11 Mon. Martha Auping, 5 Mon. Anton Budde, 1 Mon. Anna Kuhl, 7 Mon. Helene Wildmann, 1 J. Eleonore Mittelmerten, 2 Std. Heinrich Husemann, 1 J.

Aufgebote (4 Paare).

Königl. Förster Josef Pagenbarm und Elisabeth Hellweg, Arbeiter Johann Nievelstein und Anna Kuhlmann, Schleifer Wilhelm Hellkamp und Johanne Kampmann, Handlungsreisender August Claus und Anna Peters.

Eheschließungen (4 Paare).

Kaufmann Christian Brinkmann und Paula Göbecke, Dachdecker Heinrich Branding und Mathilde Köller, Zuschneider Heinrich Fuhrmann und Johanne Bergmann, Maurer August Krumme und Wilhelmine Katrinnis.

Zur Massenverbreitung!
Soeben ist in dritter Auflage erschienen und in der **Buchhandlung „Volkswacht"** zu haben:
Prozeß Liebknecht in Breslau.
Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung vor dem Landgericht zu Breslau am Donnerstag, den 14. November 1895.
Mit einem Vor- und Nachwort von W. Liebknecht.
Preis **10** Pfg. (Porto 3 Pfg.)
Dieser Prozeß ist in der Fülle der gegenwärtigen Majestätsbeleidigungs-Anklagen typisch; die Bedeutung der Broschüre erhellt am besten daraus daß in vierzehn Tagen bereits drei Auflagen nötig wurden.

Der Septemberkurs
vor dem Reichstag.
96 Seiten Großoktav. Preis **15** Pfg.
Die Bebelsche Etatsrede hat der diesjährigen Etatsdebatte ihre politische Bedeutung gegeben und diese zu einer Diskussion über die Sozialdemokratie und den Septemberkurs gestaltet. Die Sedanhetze, die Majestätsbeleidigungs-Prozeß-Epidemie, die neueste Regierungspolitik wird hier vor dem Richterstuhl der Oeffentlichkeit abgehandelt und ist daher diese Sammlung der in stenographischem Wortlaut wiedergegebenen Reden der Abgeordneten Bebel, Barth, Haußmann, Stumm 2c., des Reichskanzlers, des Kriegs- und des Justizministers von weitergehendem Interesse.

Die **Buchhandlung „Volkswacht"**, Bielefeld, Schulstr. 20, hält angelegentlichst empfohlen:
Leipziger Hochverrats-Prozeß 1872
wider
Bebel, Liebknecht u. Hepner.
Mit einer historischen Einleitung von W. Liebknecht.
Preis geb. Mk. 5,—;
auch zu beziehen in 20 Lieferungen à 20 Pfg.
Aus dem Prospekt greifen wir folgende Stellen heraus:
Für die **Geschichte unserer Partei,** ihre **historische und theoretische Entwicklung,** ihre **Taktik,** ist der Hochverratsprozeß ein geradezu **unentbehrliches Quellenwerk,** so daß schon aus diesem Gesichtspunkt allein eine Neuherausgabe sich gebietet. Manche Streitfragen, heftige Diskussionen wären uns in den letzten Jahren erspart geblieben, wenn die Genossen überall Gelegenheit gehabt hätten, über die Geschichte unserer Partei sich quellenmäßig zu unterrichten und daraus zu sehen, daß an ihrem Wesen in den letzten 25 Jahren sich nichts geändert hat, wenn auch, der Taktik der Gegner entsprechend, die Kampfart der Partei heute eine andere war als gestern, morgen eine andere sein kann als heute.
Die aus der Feder **Liebknecht's** stammende historische Einleitung liefert die zum Verständnis der Verhandlungen notwendigen sachlichen und historischen Voraussetzungen und führt den jüngeren Genossen in die Geschichte der stürmischen Tage der Kriegsepoche ein, eine Epoche, für die Partei so kritisch und verantwortungsvoll und den meisten der Genossen heute völlig unbekannt.

Beim
Standesamt Herford
sind eingetragen
vom 6. bis 12. Juni 1896:

Geburten:

Söhne (6): Handarbeiter K. Kisau, Ziegeler J. Rüdiger, Zigarrenfabrikant A. Dustmann, Bäcker H. Möller, Dienstmann K. Elbrecht, Tischler A. Kloß.

Töchter (5): Fabrikarbeiter H. Koch, Gärtner A. Beckendorf, Maurer H. Kerkhoff, Weber F. Hunger, Kolon W. Lücking.

Sterbefälle (4).

W. Niedick, 1 J. Tischler H. Aschoff, 20 J. F. Plenker, 7 Mon. Witwe W. Stender, 73 J.

Eheschließungen (3).

Gastwirt E. Winkelmann und Witwe F. Tegeler, Bonbonkocher W. Schmieding und H. Schröder, Fürknecht A. Gronemeyer und A. Brand.

Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei jämtl. Agenturen frei ins Haus ge 1,80 Mk. vierteljährlich; durch Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfenni
Erscheint wöchentlich sechsm als Abendzeitung.
Für die Redaktion verantwo **Karl Hoffmann** in Bielef

Nr. 138.

Deutsch
105. Sitzung vo
Vizepräsident Schmi
Am Bundesratstische:
dorff, Graf v. Posadowsk
Erster Gegenstand de
ratung der Uebersicht der
das Etatsjahr 1894/95.
Referent Abg. Dr. H
lungen der Kommission.
Etatsüberschreitungen zu
überschreitung im Betrage
artilleristische Versuchszwe
Anstoß an der hohen En
Gesandten Graf Eulenb
nach Wien gewährt wu
eine Resolution an, durc
ersucht werden, eine
Verordnung vom 23. A
die gesandtschaftlichen und
zu ziehen.
Abg. Rickert (freis.
vollster Anerkennung der
zu bewilligen, da inzw
gangen sei.
Die Abgg. Marqu
erklären sich mit dem An
Abg. Richter (freis.
habe durchaus korrekt ver
Pflicht, die Kommission
Abg. v. Levetzow
dem Antrag Rickert einve
Der Antrag Rickert
Es folgt die zweite
über den Reichshaushalt
Die Rechnungskommi
1) Die vorgekommene
2) die Entlastung zu ert
den Notaten des Rech
bezüglich des Etats vo
justifizierenden Kabinetts
lastung auszusprechen.
Reichsschatzsekretär G
der Kommission einversta
Abg. Rickert (frei
stimmen, der Kernpunkt
prinzipiell entschieden, d
vor eine offene und der
auch den kaiserlichen Kab
Hand geben.

Eine
Roman vo
Autorisierte Ue
64
Dabei stieß der Alte
Welle fing ich wieder an
„Wie viel Steuern b
„Fünfundfünfzig Fra
man schon so nicht weiß
Wir gingen gerade a
herrlichen Park, umgeben
umfassen mochte.
„Was würdet Ihr
den Vorschlag machte: I
bezahlen, aber der Besitz
Rente besitzt, müßte auf
Dann könnte er immer
geben. Das ist eine hü
allzusehr zu bedauern sein
kein Unglück wäre, wen
Reichen weniger reich w
„Ach, Herr, das wä
mir erst den Mund wäss
„Um nichts, Vater
darüber denkt."
Ich mußte lachen und
Fragen zu beunruhigen
er soeben zwei Artikel d
er verabscheute, gebilligt
Steuer.
Ich bin der Meinun
und die Arbeiter sich
Verscheiden ist. Ich bin
anstatt über Männer ab
— was zweifellos statt
geschult ist —, daß da